

Zeitschrift: Hochparterre : Zeitschrift für Architektur und Design
Herausgeber: Hochparterre
Band: 27 (2014)
Heft: [8]: Stadtregionen planen = Stadsregio's plannen

Artikel: "Pläne haben wir zuhauf, aber wie setzen wir sie um?"
Autor: Hoelzel, Fabienne / Marti, Rahel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-583465>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Planung beginnt beim Reden und Zuhören, wissen die Verantwortlichen im Grossraum Zürich. | *Planning begint bij praten en luisteren, weten de verantwoordelijken in het stadsgebied Zürich.*

«Pläne haben wir zuhauf, aber wie setzen wir sie um?»

Bis 2030 könnte der Grossraum Zürich um 200 000 Menschen zunehmen. Die Stadtplanung ist komplex, Gemeinden sind überfordert, und die Zuständigkeit ist zersplittert. Wie sich das Wachstum besser planen lässt, darüber diskutieren die betroffenen Planerinnen und Gemeindepräsidenten.

Interview: Fabienne Hoelzel, Rahel Marti

Um das Wachstum im Grossraum Zürich – die Stadt, ihre Agglomerationen und Regionen – zu bewältigen, braucht es ein gemeinsames Selbstverständnis.

Wie soll sich dies entwickeln? Wie sieht das Leitbild aus?

Patrick Gmür: Würde ich ein Bild skizzieren, wäre es das einer Stadtlandschaft, die nur hier möglich ist: in diesem Raum mit der Kernstadt, den Siedlungen, den Hügeln, dem See, den Flussräumen. In diesem spezifischen Bild ist nicht alles Stadt, aber auch nicht alles Siedlungsbrei. Wir alle haben das Bedürfnis nach einem Ort, an dem wir zu Hause sind. Meist definieren wir uns über das Quartier: Es gibt nicht den Zürcher oder die Zürcherin, sondern den Högger, die Schwamendingerin, den Wollishofer. Diesen Wunsch nach Unterschieden müssen wir ernst nehmen und einlösen.

Christian Salewski: Zu diesem Bild aus Landschaft und Siedlung möchte ich die Infrastruktur hinzufügen, die den Raum stark prägt – Strassen, Bahntrassen, Hochspannungsmasten, Kehrverbrennungsanlagen. Orte wie der Zürcher Hauptbahnhof oder der Flughafen Zürich sind zu neuen Zentren in dieser Stadtlandschaft geworden. Sie sind wichtig, um den Grossraum zu verstehen.

Anna Schindler: Als vierte Grösse möchte ich die Wirtschaft setzen. Der Grossraum Zürich ist ein wachsender Wirtschaftsraum. Die Unternehmen malen durch ihre Entschiede am Leitbild, an dieser Stadtlandschaft, kräftig mit – als unsichtbare Treiber der Raumentwicklung.

Wilhelm Natrup: Laut Bevölkerungsprognose wächst dieser Raum bis 2030 um rund 200 000 Menschen. Darin sehe ich auch eine grosse Chance. In dieser Lage sind nicht viele Räume in Europa. Doch die politische Bedingung lautet, dass wir das Siedlungsgebiet dabei nicht ausdehnen. Derselbe Siedlungsraum muss also deutlich mehr Menschen und mehr Bewegungen verkraften. Darum müssen wir dieses Wachstum klug gestalten.

Patrick Gmür: Was wir skizzieren, formuliert die kantonale Richtplanung ja bereits recht genau und in sinnvoller Abstraktion: Nicht bis in die Parzelle hinein, sondern in den grossen Bewegungen. Hinzu kommen die Zukunftsbilder auf der metropolitanen Ebene, es gibt die räumlichen Entwicklungsstrategien zum Limmattal siehe Seite 32, zur Flughafenregion, zur Stadt Zürich. Bilder haben wir also zuhauf – aber wie übersetzen wir sie in die Wirklichkeit? Das bedeutet immer einen Spagat.

Angelus Eisinger: Tatsächlich muss ich die Euphorie über den schönen, differenzierten Grossraum mit Blick auf die Planungsgeschichte etwas dämpfen: Diese Idee ist alt, es gibt sie bereits seit hundert Jahren. Um 1910 im Wettbewerb Gross-Zürich erstmals verfolgt bestärkte in den Dreissiger- und Vierzigerjahren Architekt und Raumplaner Armin Meili die Planung des Zürcher Grossraums. 1958 gründete man den Planungsdachverband RZU mit demselben Ziel, später kamen die regionalen Richtpläne und deren Koordination. Wir blicken also auf hundert Jahre Einigkeit unter Experten zurück, ohne dass diese Vorstellung im Alltag als Qualität sichtbar geworden wäre.

Warum können wir die Bilder zu wenig umsetzen?

Max Walter: Etliche Gemeinden sind fachlich und personell damit überfordert, das Wachstum zu gestalten. Die neue, dichte Bauweise hat bereits ganze Quartiere zerstört, weil man nicht sorgfältig plante. Es mangelt vorab an gut geschulten Politikern und Behörden. Aber oft liegt es nur daran, dass die Politiker nicht den Mut haben, bestehende Vorschriften durchzusetzen.

Bernhard Krismer: Gemeinderätinnen und Bauvorstände tragen eine enorme Verantwortung. Ihre Handschrift wird oft prägend. Wallisellen hat 15 000 Einwohnerinnen und Einwohner und eine Bauabteilung von vier Mitarbeitenden. In

den zwölf Jahren als Bauvorstand leitete ich alle Belange von Planung und Bau, redete bei der Linienführung der Glattalbahn mit, änderte Gestaltungspläne und so weiter. Mein Nachfolger führt die Arbeit ähnlich weiter – doch solche Kontinuität ist im Milizsystem Glückssache. Problematisch ist auch das Gefälle zwischen Stadt und Umland. Die achtspurige Autobahn zwischen Wallisellen und Zürich wirkt wie eine Stadtmauer. So wurden wir noch nie darüber informiert, wie Zürich das Quartier Schwamendingen entwickeln will, obwohl es unser Nachbarquartier ist.

Warum findet dieser Austausch nicht statt?

Patrick Gmür: Im Fall Schwamendingen arbeiten wir noch an der stadtinternen Koordination zwischen dem Amt für Städtebau (AfS), dem Tiefbaudepartement, den Verkehrsplanern und Grün Stadt Zürich. Die städtische Planung ist so komplex, dass diese Abstimmung viel Zeit braucht.

Dennoch könnte das AfS die Gemeinde

Wallisellen zumindest informieren, wenn nicht gar einbeziehen. Warum geschieht das nicht?

Patrick Gmür: Der Grössenunterschied erschwert die Zusammenarbeit. Das AfS hat 120, das Hochbaudepartement 630 Mitarbeitende – und die Walliseller Bauabteilung vier. Komplexe Abläufe stehen dem Milizsystem gegenüber, in dem die Zuständigen nicht immer verfügbar sind.

Wilhelm Natrup: Ein Problem ist auch die zersplitterte Zuständigkeit. Sind Stadt und Kanton in ein Projekt involviert, können schon dreissig Leute am Tisch sitzen. Wir besetzen Projekte mit zu vielen Fachstellen und Fachleuten und werden schwerfällig. Zudem ist keines dieser Ämter legitimiert zu führen, alle sind gleichberechtigt.

Lässt sich also sagen, dass das Planungssystem ausgeklügelt ist und wir keine neuen Instrumente brauchen – aber wir müssen sie neu justieren?

Wilhelm Natrup: Zuerst steht sicher der kantonale Richtplan. Er legt das Siedlungsgebiet verbindlich fest. Die elf regionalen Richtpläne, eine Besonderheit des Kantons Zürich, verfeinern und qualifizieren seine Ziele.

Zurzeit werden sie überarbeitet und zwischen den Regionen und mit den Nachbarkantonen abgeglichen. Da wird ein qualitativvolles Gesamtbild entstehen – doch wie setzen wir es durch? Die Gemeinden arbeiten zwar in Planungsverbänden zusammen, aber keine würde der Regionalplanungskompetenz abtreten. Ich wünsche mir darum stärkere Planungsregionen.

Bernhard Krismer: In Wallisellen bestimmt die Gemeindeversammlung, und bei der Bau- und Zonenordnung zum Beispiel würde sie sich nie dreinreden lassen. Und doch: Wollen wir das Wachstum in unserer Region lenken, dann ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eine Notwendigkeit – das sage ich auch der Stadt Zürich.

Anna Schindler: Der Austausch unter den Fachleuten funktioniert regional nach meiner Erfahrung gut, im Planen und Reden kommen wir weit. Doch das ist das Manko aller regionalen Bemühungen: Am Ende fehlt die Durchsetzungskraft. Auch die grosse Errungenschaft der Metropolitankonferenz ist eine reine Willenssache, der die formale Macht fehlt.

Christian Salewski: Das Gefälle Stadt-Umland gibt es in allen Ballungsräumen. Auch in der Region Amsterdam wollten die umliegenden Gemeinden nicht Stadt werden, nichts mit den politischen Linken im Zentrum zu tun haben. Ein Weg war dann, Amsterdam kleiner zu machen: Die Stadt arbeitet heute viel stärker auf Stadtteilebene. Auch das Zürcher Amt für Städtebau hat die Stadt ja in Bereiche unterteilt. In diesen Gebieten gelingt die Abstimmung mit den Nachbargemeinden dann eher. Den Ruf nach einer starken regionalen Planung und Verwaltung gab es →

Teilnehmerinnen und Teilnehmer |

De deelnemers

Angelus Eisinger, Direktor Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU) | *directeur regionale planning Zürich en omgeving (RZU)*
Patrick Gmür, Direktor des Amtes für Städtebau, Zürich | *directeur van de dienst stedenbouw, Zürich*
Bernhard Krismer, Gemeindepräsident (SVP) von Wallisellen, Präsident des Vereins glow. das Glattal | *burgemeester (SVP) van Wallisellen, voorzitter van de vereniging glow. das Glattal*
Wilhelm Natrup, Kantonsplaner, Chef Amt für Raumentwicklung, Baudirektion Kanton Zürich | *kantonplanner, hoofd van de dienst ruimtelijke ontwikkeling, bouwdirectie kanton Zürich*
Christian Salewski, Oberassistent Professur für Architektur und Städtebau, Kees Christiaanse, Institut für Städtebau, Netzwerk Stadt und Landschaft, ETH Zürich | *architect, stedenbouwkundige, vervanger van prof. Kees Christiaanse, leerstoel voor architectuur en stedenbouw, Instituut voor stedenbouw, netwerk stad en landschap, ETH Zürich*
Anna Schindler, Direktorin der Fachstelle für Stadtentwicklung, Zürich | *directeur van de vakgroep voor stadsontwikkeling, Zürich*
Max Walter, Gemeindepräsident (SVP) von Regensdorf, Präsident der Zürcher Planungsgruppe Furtal (ZPF) | *burgemeester (SVP) van Regensdorf, voorzitter van de Zürichse planningsgroep Furtal (ZPF)*

Die Moderatorinnen |

De presentatie is in handen van

Fabienne Hoelzel, Leiterin Forschungsprojekt Planungsinstrumente, Professur für Architektur und Städtebau, Kees Christiaanse, Institut für Städtebau, Netzwerk Stadt und Landschaft, ETH Zürich | *hoofd onderzoekproject planningsinstrumenten van de leerstoel Christiaanse, Instituut voor stedenbouw, netwerk stad en landschap, ETH Zürich*
Rahel Marti, stv. Chefredaktorin Hochparterre | *waarnemend hoofd-redacteur Hochparterre*

→ schon immer. Über die Grenzen zu denken heisst jedoch vor allem, auf eine kleinere Planungsstufe zu gehen, in kleineren Räumen zu operieren.

Es fällt auf, dass die Stadt Zürich einen eigenen regionalen Richtplan hat. Müsste er nicht die angrenzenden Gemeinden einbeziehen?

Wilhelm Natrup: Die Aufteilung der regionalen Planungsbünde hat sich nun über fünfzig Jahre eingespielt. Sie zu ändern wäre Zeitverschwendung. Es bringt mehr, wenn die Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU), ein Planungs Dachverband, die Koordination stärkt.

Angelus Eisinger: Der Bedarf nach inhaltlicher Koordination ist enorm. Koordinieren ist ein kreativer Prozess. Daraus entstehen neue Ideen. Darum will ich mit der RZU informelle Dialoge auf kurzen Wegen ermöglichen, auch, um zwischen Miliz- und professionellem System zu vermitteln.

Bernhard Krismer: Pläne und Prozesse sind gut und recht, aber am Ende braucht es die Menschen, die es tun.

Wie können wir also die Kompetenz der Planungsregionen stärken?

Wilhelm Natrup: Das Wachstum überrollt die Regionen, doch wenn der Kanton mit einer Region daran arbeiten will, scheitert dies zum Teil ganz banal an der zeitlichen Verfügbarkeit: Einer der Gemeindevertreter kommt nicht zur Sitzung, kann seine Gemeinde nicht informieren, diese diskutiert nicht darüber und führt die nötige Abstimmung nicht durch. Wollen wir verbindlicher planen, müssen wir das Milizsystem professionalisieren.

Das könnte so aussehen: Der Kanton gibt Aufgaben ab, wenn sich die Regionen professioneller aufstellen. Das Bauen ausserhalb der Bauzonen etwa muss nicht der Kanton zentral regeln. Einzelne Gemeinden können es auch nicht wegen Interessenkonflikten. Die Planungsregion aber könnte das gut übernehmen.

Brauchen wir eine nächste Volksinitiative in der Raumplanung, um endlich die Gemeindeautonomie zu bodigen und die Planungskompetenz auf die Ebene der Region zu heben?

Angelus Eisinger: Darin sähe ich eine Überreaktion. Wir können die Gemeindeautonomie zwar ewig infrage stellen. Aber auch in der Schweiz ist die politische Struktur oft nicht in der Bebauung ablesbar. Am linken und am rechten Zürichseeufer etwa setzt sich die Bebauung der Stadt, die dortigen Villenquartiere, ungefähr fort. Das Problem kann also nicht unmittelbar mit der Gemeindeautonomie zusammenhängen. Wichtiger als zentralistisch zu steuern ist es, sich auf der kleinstmöglichen, regionalen Ebene sorgfältig abzustimmen.

Max Walter: Dazu passt auch die Schutzverordnung Katzensee als Beispiel. Damit haben wir zwischen dem städtischen Affoltern und Regensdorf einen Grünzug dauerhaft gesichert. Die Regensdorfer sind froh, weil ihnen damit die Stadt nicht auf den Leib rückt. Die Zürcher sind froh, weil sie einen Erholungsraum gewonnen haben. Eine spezifische Lösung, von der beide Seiten etwas haben.

Mit der Revision der Bau- und Zonenordnung strebt Zürich ein gemässigttes Wachstum an. Das bedeutet auf der anderen Seite, dass die Agglomerationen einen grossen Teil des Wachstums aufnehmen müssen. Wir können der Agglomeration aber keine innerstädtischen Bilder überstülpen, das würde ihren Bedingungen nicht gerecht. Wie bewältigen wir also den Umbau der Agglomeration?

Bernhard Krismer: In letzter Zeit gab es dazu Initiativen von Architekturbüros und Denkfabriken – die Gruppe Krokodil etwa, die im Glattal eine Grossstadt proklamiert. Solche überzeichneten Bilder helfen wenig, eher verschrecken sie die Leute. Sie wirken auch nicht glaubwürdig, weil sie

geltende Parameter missachten, den Naturschutz zum Beispiel. Sandkastenspiele gibt es zuhauf – anregend, aber am Ende für die Schublade bestimmt.

Angelus Eisinger: Entwürfe wie jene der Gruppe Krokodil funktionieren nicht, weil sie die bestehenden Strukturen ignorieren. Auf solche Bilder, die von aussen über den Raum gestülpt werden, stehen nur zwei Antworten zur Wahl: Bewunderung oder Ablehnung. Eine Debatte, wie dieser Funktionalraum transformiert werden sollte, kann daraus aber nicht entstehen. Solche Debatten keimen aber auf mit konkreten, durchaus kontroversen Projekten wie dem Richti-Areal in Wallisellen, einer Blockrandstadt nach dem Muster des 19. Jahrhunderts.

Max Walter: In Regensdorf stehen wir davor, ein Gebiet von zwanzig Hektar neu zu strukturieren siehe Seite 34. Heute noch ein Industriegebiet, wollen wir es in ein durchmischtes Stadtquartier von hoher Qualität verwandeln. Die zahlreichen Eigentümer möchten entwickeln und massiv verdichten. Das bedeutet hohe Infrastrukturkosten für die Gemeinde. Wir arbeiten nun daran, die Eigentümer an diesen Kosten zu beteiligen. Dabei greift uns der Kanton unter die Arme – denn allein könnte Regensdorf eine solche Planung nicht stemmen.

Wie kommt es, dass der Kanton sich für dieses Gebiet und in der Gemeinde Regensdorf engagiert?

Wilhelm Natrup: Die ersten Gestaltungspläne, die wir zur Vorprüfung erhielten, sahen enorme bauliche Dichten vor. Sie waren jedoch nicht abgestimmt, es gab kein städtebauliches Gesamtkonzept etwa zum öffentlichen Raum. Wie immer in solchen Fällen war auch die Frage nicht gelöst, wie die nötige neue Infrastruktur finanziert werden sollte – Strassen, öffentlicher Raum, Schulhäuser und so fort. Diese Kosten bedeuten für Gemeinden enorme Vorleistungen auf Jahre, bevor das Gebiet Steuereinnahmen bringt. Es kann Gemeinden in ihrer Entwicklung überfordern, wenn sich die Einzelinteressen von Grundbesitzern ballen, die ihre Areale verdichten wollen. Noch dazu, ohne dass die Projekte koordiniert sind – was immer häufiger wird, weil es immer weniger Areale aus einer Hand gibt. Da braucht es einen Mehrwertausgleich oder, wie ich es nenne, städtebauliche Verträge. Wollen Grundeigentümer eine höhere Ausnutzung realisieren, vereinbart die Gemeinde mit ihnen vertraglich, dass sie sich an den Kosten der Infrastruktur beteiligen. Das Verfahren in Regensdorf könnte beispielhaft zeigen, wie eine Gemeinde eine grosse Zahl von Eigentümern einbinden und wie man Infrastrukturbeiträge festlegen kann.

Patrick Gmür: Dasselbe strebt Zürich mit den kooperativen Verfahren zwischen Bauherrschaft und Behörden an, die wir mit der neuen BZO stärken wollen. Wir brauchen Wege, um die Ausgaben der öffentlichen Hand rückzufinanzieren, weil die Infrastruktur sonst zu teuer wird. Es gibt keine Aufzungen mehr ohne Gegenleistungen.

Bernhard Krismer: Mit der Generalunternehmerin Allreal, die das Quartier Richti in Wallisellen baut, haben wir vereinbart, dass sie zehn Millionen Franken an die Infrastruktur bezahlt. Wichtig an der Mehrwertabgabe ist, dass sie dort investiert wird, wo die Planung die Kosten verursacht. **In Planungsprozessen ist die Bevölkerung oft die einzige Konstante, denn Politikerinnen und Politiker wechseln manchmal alle vier Jahre das Amt. Wie aber kann sich die Bevölkerung in Planungen einbringen, um sie dann auch mitzutragen? Nehmen wir uns genügend Zeit für die Partizipation, bevor wir Pläne zeichnen?**

Angelus Eisinger: Häufig höre ich, Partizipation sei in der Schweiz nicht nötig, es gebe ja die direkten Volksabstimmungen. Das ist planungspolitischer Unsinn. Denn so setzen wir Zeit und Geld falsch und überaus riskant ein: →



Angelus Eisinger



Fabienne Hoelzel und Rahel Marti



Patrick Gmür



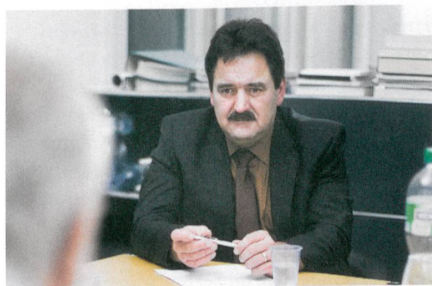
Max Walter



Anna Schindler



Wilhelm Natrup



Bernhard Krismer



Christian Salewski

→ Wir arbeiten, wie die Stadt Zürich in den letzten Jahren schon mehrfach erleben musste, teure Projekte aus, nehmen aber die Bedürfnisse der Betroffenen zu spät auf und stehen dann an den Abstimmungsturnen vor einem Scherbenhaufen. Oder wir sprechen von Partizipation, wenn wir den Leuten an grossen Veranstaltungen in Turnhallen ein Projekt vorstellen und diese es dann abnicken.

Patrick Gmür: Bei einem einzelnen Projekt mag Partizipation funktionieren. Darüber wird es schwierig. Bei den Prozessen für Quartierleitbilder etwa machen wir die Erfahrung, dass das Interesse der Quartierbevölkerung von Workshop zu Workshop schwindet. Auch, weil die zeitlichen Fristen oft lang sind. Die Leute formulieren gerne ihre aktuellen Bedürfnisse, das Projekt steht aber oft erst ganz am Anfang seiner Planung und wird, wenn überhaupt, erst Jahre später realisiert. Da klaffen grosse Lücken zwischen Wunsch und Wirklichkeit.

Wilhelm Natrup: Die Leute kommen, wenn sie betroffen sind, bei Investorenprojekten oder Gestaltungsplänen, bei der Siedlungsentwicklung nach innen. Wer damit leben muss, soll mitreden. Die grossen Bewegungen, die Richtplanung etwa, sind aber zu abstrakt. Wir können nicht von jeder Bürgerin erwarten, dass sie sich Abende lang mit dem Richtplan herumschlägt. Dafür gibt es Stellvertretungen wie Interessenverbände. Die Planung braucht diese Auseinandersetzung der öffentlichen Debatte.

Angelus Eisinger: Beispiele aus den Niederlanden oder aus Frankreich zeigen aber ganz andere Möglichkeiten. Werkstätten, an denen mit Bevölkerung und Planerinnen gemeinsam Spannendes entwickelt wird, statt die Hierarchie zu zementieren: oben Planung, unten Menschen. Ganz konkret, auch physisch Teil eines Prozesses zu sein, bewirkt vieles – viel mehr jedenfalls, als wenn man schriftlich einspricht oder abstimmt.

Anna Schindler: Partizipation ist ein oft falsch verstandenes Zauberwort. Wir müssen aufpassen, dass wir sie nicht dort einsetzen, wo wir einen Entscheid delegieren wollen. Vielmehr gilt es vorzudenken, fassbare, handliche Pakete vorzustellen und die Leute dann einzubeziehen. Auch versprechen wir oft zu viel. Meist läuft die Partizipation bis zu einem gewissen Punkt – und dann werden die Entscheide von anderen gefällt. Das empfinden die Menschen als Mogelpackung. Das darf nicht sein. Es gilt klar abzumachen, wo die Mitsprache möglich ist und wo nicht, was umgesetzt werden kann und was nicht.

Angelus Eisinger: Es ist wichtig, ein Projekt nicht nur politisch absichern zu wollen. Man muss auch bereit sein, über solche Verfahren sonst nicht zugängliche Informationen reinzuholen und aufzunehmen, die für die Weiterentwicklung wichtig sind. Das Projekt also dadurch zu justieren und zu stabilisieren.

Bernhard Krismer: Wir versuchen im Glattal eine grosse partizipative Bewegung. Wir gehen in jede Gemeinde, in jedes Quartier und steigen in den Dialog mit den Menschen: Wollen Sie, dass das Glattal Stadt wird? Wie dicht? Gut möglich, dass am Ende dieselben Interessierten teilnehmen, die sich auch sonst engagieren. Aber deswegen ist dieses Vorgehen ja nicht falsch: Wir öffnen die Türen, und es kommt, wer kommen will. Würden wir die Türen nicht aufmachen, wäre die Opposition garantiert.

Es gibt auch die «unaufgeforderte» Partizipation: Bürgerinnen und Bürger bringen Ideen ein. Ist unsere Planung beweglich genug, um solche Inputs aufzunehmen? Für den Flugplatz Dübendorf zum Beispiel lancierte eine private Denkergemeinschaft einen Ideenwettbewerb mit klugen Resultaten. Die offizielle Planung hat kaum darauf reagiert. Die Sache ist am Versanden.

Wilhelm Natrup: Es wird schwierig, wenn Ideen sämtliche Bedingungen ignorieren. Das wirkt weltfremd auf die professionell Planenden. Im Fall des Flugplatzes Dübendorf sind diese Ideen aber nicht so weit von der Realität entfernt, die auch wir anstreben: Wir nutzen für den Innovationspark nur einen kleinen Teil. Der Rest bleibt vorerst frei – frei auch für weitere Ideenprozesse.

Aber eine Bürgerinitiative muss auch keine vollständige Berücksichtigung leisten. Ihr Input ist das Bild, die Idee.

Angelus Eisinger: Es gibt Beispiele von Bürgerbewegungen, die das Gesicht ihrer Stadt fundamental verändert haben. Etwa die High Line in New York: Eine Gruppe von Laien, die man als weltfremde Spinner sah, fasste ihre Idee in ein triftiges Konzept und vernetzte sich zugleich klug mit Politik und Planung. Heute applaudiert auch die Immobilienwirtschaft diesem Projekt.

Heisst das, wer partizipieren will, muss ein Profi sein?

Angelus Eisinger: Er oder sie muss auch lobbyieren können. Daneben gibt es ja auch die herkömmlichen Mitwirkungsverfahren während der Planaufgaben, über die sich gezielt Einfluss nehmen lässt: Gute Einsprachen verändern Planungen.

Christian Salewski: Manchmal scheint mir, dass die Planung ihre Probleme, aber auch ihre Ziele zu wenig kennt. Gerade bei der Problemfindung können die Hochschulen mit Forschung helfen. Wir müssen dabei der Bevölkerung besser zuhören: Welche Anliegen stehen im Raum? Wir lassen uns häufig zu früh auf die Mittel ein, entwerfen Strassen, Parks, Gebäude. Wir beauftragen gute Architekturbüros in Testplanungen – doch das Problem ist oft genug eben nicht die Gestaltung, nicht die Architektur. Viele Fragen beginnen viel früher, im Politischen, im Sozialen. Genau dies müssen wir analysieren, gewichten und zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen machen.

«Hoe te realiseren?»

Tot 2030 zou het stadsgebied Zürich – de stad, de agglomeraties en regio's – met 200.000 mensen kunnen groeien. Hoe kan deze enorme groei efficiënt en bindend worden gepland? Daarover discussiëren burgemeesters en toonaangevende planners. Zij zijn het erover eens dat het stadsgebied Zürich zich als een specifiek stadslandschap moet ontwikkelen, dat rekening houdt met verschillen tussen stadswijken en agglomeratiegemeenten en deze verstevigt. Tijdens het gesprek wordt aangesneden dat het planningsysteem als hoogste instrument met het kantonnale adviesplan is uitgekend, maar dat de realisatie te zwak is. De denkbereik van de deskundigen zijn niet tot alledaagse norm geworden.

Want met de planning zijn wat betreft vakken kennis en personeel te hoge eisen aan veel gemeenten gesteld. Zij stemden te weinig met elkaar af. De verantwoordelijkheid is versnipperd tussen stad, gemeenten en kanton, bij de projecten zijn te veel vakmensen betrokken en de processen worden log. Kantonplanner Wilhelm Natrup eist dat het systeem van nevenbetrekkingen wordt geprofessionaliseerd en dat de regio's als planningsplatform worden versterkt. Ook zijn er contracten met investeerders nodig, om hen aan de kosten van de groeiende infrastructuur te doen deelnemen. Angelus Eisinger eist, dat de planning door een sterkere participatie van de bevolking wordt gerechtsvaardigd en gestabiliseerd – om te voorkomen dat duur uitgewerkte mammoetprojecten tijdens referenda stranden. Christian Salewski vult aan dat de planners beter naar de mensen moeten luisteren om er zo achter te komen, waar de problemen en de doelen van de planning liggen. ●



Das Zukunftsbild für den Metropolitanraum Zürich von Hosoya Schaefer Architekten erwacht zum Leben. | Hier komt het toekomstbeeld voor de metropolitane ruimte Zürich van Hosoya Schaefer Architecten tot leven.